

Pressemitteilung

Nürnberg lässt sich nicht zermürben – Nürnberg hält zusammen

Nürnberg, 08.04.2016

Am morgigen Samstag (09.04.2016) versuchen gleich drei rechtspopulistische beziehungsweise rechtsextreme Parteien bei vier Veranstaltungen die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

„AfD“, „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ mobilisieren gleichzeitig ihre Anhängerschaft und provozieren durch Kleinstaufmärsche mit wenigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und sogenannten Informationsveranstaltungen enorme Aufwände bei Stadt, Polizei, Bürgerinnen und Bürgern.

Wie schon in den Wochen und Monaten zuvor ist dies Teil der Strategie des „Kampfes um die Straße“ und soll die solidarische Stadtgesellschaft zermürben. Dabei zeigen sie bei ihren Kundgebungen lediglich ihren zerstörerischen „Dagegen“-Charakter. Die rechten Organisationen sind nicht fähig, sich gestaltend und konstruktiv einzusetzen, geschweige denn wirkliche, durchführbare Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln.

Bei den beiden rechtsextremen Kleinstparteien „Der III. Weg“ und „Die Rechte“ handelt es sich um Zusammenschlüsse einschlägig bekannter Neonazis, die aus ihrer menschenverachtenden Ideologie keinerlei Hehl machen. So sitzen führende Mitglieder von „Die Rechte“ Bamberg nach einer Razzia Ende letzten Jahres aufgrund von Sprengstofffunden und des Verdachts von Anschlagplänen auf eine Asylunterkunft in Untersuchungshaft. Damit zeigt die Partei deutlich, dass sie sich nicht nur menschenfeindlich äußert, sondern auch bereit ist, Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele einzusetzen. Spätestens damit hat sie sich selbst außerhalb der geltenden Rechtsordnung gestellt.

Die „AfD“ hingegen hat sich von einer eurokritischen zu einer rechtspopulistischen Partei gewandelt, die vorschlägt, Asylsuchende notfalls mit Waffengewalt an den deutschen Grenzen abzuwehren und dieses dann vor laufender Kamera leugnet. Im Entwurf ihres Bundesparteiprogramms will die „AfD“ unter anderem wichtige Institutionen wie die Gleichstellungsbeauftragten abschaffen, die Bundesagentur für Arbeit auflösen und die seit 1884 bestehende gesetzliche Unfallversicherung aufheben. Außerdem fordert die AfD „Eine staatliche Finanzierung des selbstgewählten Lebensmodells *Alleinerziehend* lehnen wir ab“

Würden diese Visionen Realität, wären insbesondere Frauen sozial und finanziell extrem schlechter gestellt. Weiterhin wären Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch der Mittelstand weitaus schlechter abgesichert und von Armut bedroht. Gesamtgesellschaftlich hätte dies massive soziale Verwerfungen zur Folge. Die Schere zwischen Arm und Reich ginge noch weiter auf.

Eine solche Politik ist klar anti-sozial und bedeutet eine Abkehr von Grundwerten und Grundsätzen unserer Gesellschaft wie dem Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz) und dem Prinzip der staatlichen Förderung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen (Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz).

Die von den Gruppierungen angebotenen vereinfachten Scheinlösungen beschränken sich darauf, vermeintliche Schuldige für gesellschaftliche Herausforderungen anzuprangern. Sie setzen darauf, insbesondere schwache und verletzbare Gruppen als Sündenböcke darzustellen, da diese in der Gesellschaft leicht zu marginalisieren sind. Bezeichnend ist die Entmenschlichung, Distanzierung und Anonymisierung in der Sprache und im Umgang. Menschen werden als „Flut“, „Massen“ und ähnliches titulierte. Pauschalisierte Zuschreibungen an Menschen bestimmter sozialer oder ethnischer Gruppen gehören zum Standardrepertoire von Rechtsextremen und Rechtspopulisten. Dieser gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit treten wir entschieden entgegen.

Die **Allianz gegen Rechtsextremismus appelliert erneut** an alle Mitglieder der solidarischen Stadtgesellschaft, **Gesicht zu zeigen** und die Taktik der rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen nicht aufgehen zu lassen. **Wir wiederholen unsere Bitte an die Demokratinnen und Demokraten, den längeren Atem zu haben und** besonders nach den besorgniserregenden Ergebnissen der Landtagswahlen im März **zu zeigen, dass Rassismus, Faschismus und Menschenfeindlichkeit in Nürnberg keinen Platz haben.**

Um das Gesicht zeigen etwas zu erleichtern, hat die Allianz eine Zeit- und Ortsübersicht für Samstag erstellt. Hier kann sich jede/jeder die Gruppierung aussuchen, der er/sie zeigen möchte, dass in Nürnberg kein Platz für Rassismus ist. Bei effizienter Zeitplanung ist es auch möglich mehreren Gruppierungen Gesicht zu zeigen.

Ver.di Mittelfranken ruft ab 12.00 Uhr am Weißen Turm in Nürnberg zu Gegendemos auf.

| Wann? | Wo? | Wer? |
|---------------------|--|--|
| 10:00 bis 14:00 Uhr | Pfannenschmiedsgasse Höhe City, Point | „AfD“ Kreisverband Nürnberg Infostand |
| 12:30 bis 14:30 Uhr | Jakobsplatz | „Der III. Weg“ Kundgebung |
| 14:30 bis 18:00 Uhr | Meistersingerhalle | „AfD“ Kreisverband Nürnberg Veranstaltung |
| 15:00 bis 17:00 Uhr | voraussichtlich Jakobsplatz | „Die Rechte“ Kundgebung |